

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildung betrifft uns alle! Im Vorfeld der bevorstehenden Nationalratswahlen möchten wir Ihnen im Namen unserer Bildungsinitiative gemeinsame Bildung 2.0 – einem Zusammenschluss von über 50 Organisationen mit dem Arbeitsschwerpunkt Bildung - einige Fragen zum Thema Bildung stellen.

Wir sind überzeugt: Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Zukunft. Angesichts der vielfältigen Krisen in der Welt und im Bildungssystem muss Bildung stärker in den Fokus der politischen Diskussion rücken. Daher möchten wir auch Ihre Standpunkte zu diesem Thema erfahren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich die Zeit nehmen könnten, unsere Fragen zu beantworten und Ihre Position zu bildungspolitischen Themen darzulegen. Ihre Antworten werden wir, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen, auf unserer Homepage veröffentlichen, um unseren Unterstützern und der Öffentlichkeit einen Einblick in Ihre bildungspolitischen Ziele zu geben. Die Fragen finden Sie im Anhang.

Basis unserer Fragen ist unser „Salzburger Manifest“, das unsere Visionen für eine gerechtere, inklusivere und gemeinsame Bildung beschreibt welches wir Ihnen schon zugesandt haben.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung bis längstens 24.8.2024 und hoffen auf eine konstruktive Diskussion über dieses wichtige Thema.

Mit freundlichen Grüßen
das Team gemeinsame Bildung 2.0

<https://www.gemeinsamebildung.at/>

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Im Rahmen unserer Bildungsinitiative möchten wir Ihre Standpunkte zu wichtigen bildungspolitischen Fragen erfahren. Ihre Antworten werden veröffentlicht, um den Wähler:innen Einblick in Ihre Bildungsagenda zu geben. Wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Mit der Zusendung der Fragen an Sie werden wir diese auch auf unserer Homepage veröffentlichen und ankündigen, dass wir Ihre Antworten sofort nach Erhalt ebenso veröffentlichen werden. Sollte bis zum 24. August 2024 keine Antwort vorliegen, werden wir „KEINE RÜCKMELDUNG ERHALTEN“ bei Ihrer Partei eintragen, sofern Sie uns nicht um eine spätere Zusendung ersuchen. In diesem Fall schreiben wir, wann Ihre Rückmeldung angekündigt ist.

FRAGE 1: Gemeinsame Schule für alle 6–15 Jährigen:

Alle Schülerinnen und Schüler sollen in einer gemeinsamen, inklusiven Schule jene Bildungsangebote bekommen, die ihren Lernvoraussetzungen entsprechen. Sind Sie für eine gemeinsame Schule ALLER Schülerinnen und Schüler?

- i) Wenn ja, wie wollen Sie das erreichen?
- ii) Wenn nein, erklären Sie bitte, warum nicht?

Ja! Wir treten für die gemeinsame Bildung der 4- bis 15-Jährigen ein – mit umfassender Förderung gemäß individueller Bedürfnisse, Fähigkeiten und Leistungen. Modellregionen zur gemeinsamen Schule sollen rasch umgesetzt werden. Chancengerechtigkeit in der Bildung, wofür die gemeinsame Schule die Basis bildet, ist eines unserer zentralen Anliegen. Die frühzeitige Aufteilung, wie sie im derzeitigen österreichischen Bildungssystem praktiziert wird, bei der Kinder bereits mit 9 oder 10 Jahren nach der Volksschule eine Entscheidung über ihren weiteren Bildungsweg treffen müssen, widerspricht dieser Chancengerechtigkeit fundamental. Um die gemeinsame Schule zu realisieren, ist jedoch ein grundlegender Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein bezüglich Bildung und der österreichischen Bildungslandschaft notwendig. Wir wollen den österreichweiten Ausbau der kostenlosen, ganztägigen Schule vorantreiben. Dabei achten wir darauf, dass sowohl die verschränkte Form (Unterrichts-, Lern- und Freizeiteinheiten wechseln sich über den Tag verteilt ab) angeboten wird, als auch die offene (vormittags Unterricht, nachmittags je nach Wunsch betreute Lern- und Freizeit). Das gesunde, warme, kostenlose Mittagessen soll für alle Kinder in Österreich Wirklichkeit werden – und stufenweise zu einem Frühstücks- und Jausen-Angebot ausgebaut. Das gemeinsame Essen in der Schule fördert soziale Teilhabe und Miteinander und wirkt gegen materielle Ernährungsarmut, also eine nicht ausreichende oder unausgewogene Ernährung aufgrund fehlender finanzieller Mittel.

FRAGE 2: Chancengerechtigkeit:

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um in Österreich mehr Chancengleichheit unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern zu erreichen?

Wir stehen für faire Chancen für alle Kinder und haben den Anspruch an ein Bildungssystem, das auf dem Fundament der Chancengerechtigkeit für jedes Kind aufbaut – kein Kind darf zurückgelassen werden. Dabei stehen die Ermächtigung jeder und jedes Einzelnen zur selbstbestimmten Gestaltung des eigenen Lebens, die Förderung und Begleitung im institutionellen Umfeld und der Leistungsgedanke einer zeitgemäßen Pädagogik im Mittelpunkt. Kinder und ihre Eltern müssen in unser Bildungssystem vertrauen können.

Kinderkrippen und Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen und sind der Schlüssel zum Erfolg bei Potential-, Begabungs- und Sprachförderung. Damit der Besuch des Kindergartens überall in Österreich die gleichen Bildungschancen garantiert, braucht es bestens qualifiziertes

Personal sowie klar vorgegebene pädagogische und organisatorische Standards. Die SPÖ setzt sich für einen Rechtsanspruch auf einen gratis Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr ein.

Schule ist für die SPÖ eine gemeinsame, ganztägige, inklusive und kostenfreie Schule für alle Kinder, die nicht nur als Ort der reinen Wissensvermittlung wahrgenommen wird, sondern durch Nachmittagsprogramm, Freizeitaktivitäten etc. eine gezielte und individuelle Förderung der Stärken und Talente von Schüler*innen bieten soll. Kinder sollen ohne Schultasche in die Schule kommen können und ohne Hausaufgaben wieder nach Hause gehen. Vor allem durch die verschränkte Ganztagschule werden die Schüler*innen durch den altersgemäßen Ablauf von Lern-, Ruhe-, Spiel-, Förder- und Essenszeiten optimal gefördert und in ihrer persönlichen und leistungsbezogenen Entwicklung unterstützt. Davon profitieren die Kinder, die Eltern aber auch die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Dass das dringend nötig ist, bestätigen die Studienergebnisse. Im SPÖ-Ganztagschulmodell passiert Bildung in den Schulen und ist entsprechend nicht abhängig von den Möglichkeiten der Eltern. Auch hinsichtlich der besorgniserregenden Kinderarmutzzahlen schaffen Ganztagschulen Abhilfe: Wir können so jedem Kind ein gesundes, warmes Mittagessen garantieren – das ist aktuell für 78.000 Kinder nicht möglich. Außerdem fällt der Bedarf für private Nachhilfe weg und es wird ermöglicht, dass Kinder unabhängig vom Geldbörsel der Eltern gefördert werden.

In den letzten Jahren haben sich die Herausforderungen, mit denen unsere Kinder konfrontiert werden, verändert – aus diesem Grund hat sich die SPÖ auch im Parlament für ein Maßnahmenpaket zum Ausbau der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie und sozialpädagogischen Arbeit an Schulen ausgesprochen. Außerdem soll es einen vermehrten Einsatz multiprofessioneller Teams an Schulen geben. Kinder und Jugendliche dürfen mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. Gezielte Vorbeugungs- und Unterstützungsmaßnahmen können hier wesentliche Verbesserungen herbeiführen.

Ein entscheidender Aspekt im Kontext der Chancengerechtigkeit ist aus unserer Sicht die Einführung einer Kindergrundsicherung. Um sicherzustellen, dass alle Kinder – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern – die gleichen Chancen auf einen erfolgreichen Start ins Leben haben, ist diese Maßnahme unerlässlich. Die Kindergrundsicherung stellt sicher, dass Kinder unabhängig von der finanziellen Lage ihrer Eltern die gleichen Möglichkeiten erfahren. Sie schafft gleiche Startbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen und sorgt so auch im Bildungsbereich für faire Voraussetzungen bei Entscheidungen und Bildungswegen.

FRAGE 3: Qualitätsvoller Kindergartenbesuch für alle Kinder:

Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um allen Kindern einen qualitätsvollen Kindergartenbesuch zu ermöglichen?

Der Kindergarten ist wie bereits erwähnt die erste Bildungseinrichtung in der Bildungslaufbahn eines Menschen. Vieles, was wir in diesen ersten frühen Jahren lernen, prägt uns ein Leben lang. Deshalb ist diese frühe Zeitspanne im Leben eines Kindes auch bildungspolitisch von großer Bedeutung. Elementare Bildung stellt die Grundlage für faire Bildungschancen dar. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung von Anfang an. Hierbei darf es keinen Unterschied machen, wo die Familie wohnt und wie hoch das Einkommen der Eltern ist. Um Bildungsziele in der elementaren Bildung zu erreichen, braucht es zuerst ganztägige Kinderbildungsplätze. Davon profitieren Kinder und Eltern. Außerdem sollen Bildungsstandards für Kinderbetreuungseinrichtungen festgelegt werden, denn Kinder, die individuell erkannt und gefördert werden, haben die Chance, sich bestmöglich zu entwickeln – das gilt für alle Kinder, sowohl die begabten als auch jene, die mehr Förderung brauchen. Dabei geht es immer um die Gesamtpersönlichkeit eines Kindes. Soziale Fertigkeiten, Sprach- und Kommunikationsfähigkeit, Kreativität, Individualität und vieles mehr zählen dazu. Der

Kindergarten ermöglicht in der entwicklungsintensivsten Zeit eines Kindes eine umfassende Persönlichkeitsbildung. Diese Chancen müssen wir im Sinne unserer Kinder bestmöglich nutzen. Deshalb setzt sich die SPÖ für einen Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr ein.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern fordert die SPÖ zudem seit langem eine jährliche Kindergartenmilliarde und kritisiert die Mogelpackungen und Placebos von ÖVP und Grünen in der Bundesregierung auf das Schärfste.

FRAGE 4: Investitionsbedarf:

Österreich liegt bei den Bildungsausgaben gemessen am BIP sowohl mit Blick auf die Elementarbildung als auch auf den Schulbereich unter dem OECD-Schnitt und deutlich unter den Ausgaben von Top-Performer Ländern innerhalb der EU. Sehen Sie Handlungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen besteht Ihrer Meinung nach der dringendste Investitionsbedarf?

Ja, es braucht mehr Geld im österreichischen Bildungssystem. Ein gut finanziertes Bildungssystem ist die Voraussetzung, um unseren Kindern und Jugendlichen die beste Bildung zu ermöglichen. Dennoch geht es auch darum, nicht nur mehr Geld in ein dysfunktionales System hineinzupumpen, sondern Gelder auch sinnvoll zu verteilen. Hier gilt es beispielsweise den einzelnen Schulstandorten mehr Autonomie in der Verwendung ihrer Mittel einzuräumen.

Mehr finanzielle Mittel braucht es vor allem für unsere Kleinsten, legt die elementare Bildung doch den Grundstein für den späteren Bildungsweg. Zusätzlich müssen sich die Ausgaben im Bildungsbereich nach dem tatsächlichen Bedarf orientieren und dürfen nicht, wie beim Sonderpädagogischen Förderbedarf oder der Deutschförderung, gedeckelt werden. Jedes Kind ist gleich viel wert.

FRAGE 5: Umwandlung von Sonderschulen:

Befürworten Sie die Umwandlung der Sonderschulen zu Regelschulen und treten Sie somit für die Abschaffung des segregierenden Ortes der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen ein?

Wir setzen uns für eine inklusive, barrierefreie Bildung für alle ein, in der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen – und das von Anfang an. Das soll unter anderem durch die Wiedereinführung der Modellregionen für inklusive Bildung und die sukzessive Ausweitung auf ganz Österreich gelingen. Damit dies möglich ist, müssen die entsprechenden personellen und infrastrukturellen Ressourcen in den Bildungseinrichtungen bereitgestellt werden. Kinder mit speziellen Bedürfnissen benötigen eine Bildung, die auf ihre individuellen Erfordernisse abgestimmt ist, jedoch ohne Ausgrenzung. Deshalb plädieren wir für die Öffnung der Sonderschulen und für mehr Mittel zur Förderung inklusiver Schulen. Dies schließt auch die Bereitstellung von zusätzlichem Personal, wie Fachkräfte aus den Bereichen Sozialarbeit und Gesundheit, ein, um Lehrkräfte zu unterstützen und den Bedürfnissen der Kinder in einer inklusiven Schule gerecht zu werden. Inklusive Bildung muss in allen Altersstufen gewährleistet sein, von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung.

Zudem braucht es eine bundesweite Strategie für inklusive Bildung, welche gemeinsam mit Organisationen von Menschen mit Behinderungen erarbeitet wird. Die Strategie umschließt alle Ebenen, beinhaltet konkrete Etappen, Leitlinien und Regelungen und bietet finanzielle Anreize für den Ausbau zur inklusiven Bildungseinrichtung – auch für Nachmittags- und Ferienangebote.

Allgemein fordert die SPÖ einen Inklusionsfonds, der aus Mitteln des Bundes und der Länder gespeist wird. Dieser könnte Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit

Behinderungen am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben finanzieren. Aus dem Inklusionsfonds kann bei Bedarf auch – bundesweit – eine persönliche Assistenz in allen Lebenslagen finanziert werden. Menschen mit Behinderungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können, deshalb werden wir uns für die Rechte von schwerhörigen und hörbeeinträchtigten Menschen ebenso wie für blinde und sehbehinderte Menschen in Österreich und in der EU einsetzen.

FRAGE 6: Aufhebung der 2,7% Deckelung für Inklusion:

Treten Sie dafür ein, die 2,7% Deckelung für den Bereich der Sonderpädagogik/Inklusion sofort aufzuheben und die Ressourcen nach dem tatsächlichen Bedarf zuzuweisen?

Ja. Alle Kinder sind gleich viel wert und zusätzlicher Bedarf kann daher nicht gedeckelt werden. Deshalb müssen die finanziellen Mittel und Ressourcen für die Umstellung auf ein inklusives Bildungssystem deutlich erhöht und durch das Bildungsministerium zur Verfügung gestellt werden. Zur ganzheitlichen Betreuung an Bildungseinrichtungen fordert die SPÖ die Einführung von interdisziplinären, multiprofessionellen Teams für alle Schulen. Ein positiver Ansatz kann dabei das Projekt „School Nurses“ sein. Dieses soll evaluiert, für alle Schulen ausgerollt und mit anderen medizinischen, therapeutischen und psychologischen Berufsgruppen ergänzt werden. Auch das Recht auf einen Kindergartenplatz soll für alle Kinder umgesetzt werden. Kinder mit Behinderungen sollen gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer elementarpädagogischen Einrichtung haben.

Zudem fordert die SPÖ den Rechtsanspruch eines 11. und 12. Schuljahrs im Regelschulsystem für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein.

FRAGE 7: Planungssicherheit und Mangel an Lehrpersonen:

Wie kann es gelingen, dass das Ministerium und die Bildungsdirektionen zielsicherer vorausplanen können, insbesondere vor dem Hintergrund des eingetretenen Lehrermangels und der demographischen Veränderungen?

Für die SPÖ ist klar, dass das Ministerium und die Bildungsdirektionen dringend zielsicherer vorausplanen müssen, um den Herausforderungen des Lehrer*innenmangels und der demografischen Veränderungen effektiv zu begegnen. Dabei darf es nicht nur bei Absichtserklärungen bleiben; es braucht konkrete Maßnahmen und eine strategische Ausrichtung, die den aktuellen und zukünftigen Anforderungen gerecht wird.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Einsatz moderner, datengetriebener Prognosen und Analysen. Es ist unerlässlich, dass das Ministerium systematisch demografische Entwicklungen, Zahlen und die Altersstruktur der Lehrkräfte erfasst und auswertet. Diese Daten müssen dann aber auch sinnvoll genutzt werden, um präzise Prognosen zu erstellen, die es ermöglichen, den Bedarf an Lehrkräften auf Landes- und Schulebene vorausschauend zu kalkulieren. Im Anschluss müssen diese Prognosen aber auch von der ausführenden Ebene beachtet werden.

Ebenso ist regionale Flexibilität notwendig. Angesichts der unterschiedlichen demografischen Entwicklungen in verschiedenen Regionen sollten die Bildungsdirektionen und einzelnen Schulstandorte in der Lage sein, flexibel auf diese Unterschiede zu reagieren. In Ballungsgebieten mit starkem Zuzug müssen etwa zusätzliche Ressourcen für den Ausbau von Schulen und Lehrkapazitäten bereitgestellt werden. In ländlichen Regionen hingegen, wo die Schüler:innenzahlen sinken, könnten innovative Konzepte wie Mehrstufenklassen oder verstärkte digitale Lernangebote sinnvoll sein.

Auch die frühzeitige Zusammenarbeit mit Universitäten und pädagogischen Hochschulen ist wichtig. Das Ministerium ist gefordert, die Ausbildungskapazitäten an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Regelmäßige Abstimmungsgespräche und strategische Partnerschaften könnten sicherstellen, dass ausreichend Lehramtsabsolventinnen und Absolventen in den passenden Fächern zur Verfügung stehen.

FRAGE 8: Pädagogische Expertise und Personalressourcen:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzutreten? Welche anderen Personalressourcen erscheinen Ihnen zentral für eine gelingende Bildung?

Das Ansehen des Lehrberufs in der Gesellschaft muss dringend gestärkt werden. Pädagoginnen und Pädagogen tragen eine enorme Verantwortung für die Bildung und Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen, was eine entsprechende gesellschaftliche Wertschätzung erfordert. Es ist daher essenziell, den Lehrberuf insgesamt attraktiver zu gestalten. Dies umfasst Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, der Entlohnung sowie der Ausbildung.

Zudem muss ein umfassendes Supportsystem an den Schulen etabliert werden. Hierzu zählen unter anderem Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit, Psychologie und den Gesundheitsdiensten, die die Lehrkräfte im Schulalltag in „Multiprofessionellen Teams“ entlasten und unterstützen. Aber auch echte administrative Unterstützung ist notwendig, um die Lehrpersonen auf Dauer zu entlasten. Hierzu zählt auch, dass Studierende nicht bereits vor Beendigung ihres Lehramtsstudiums durch einen überlastenden Einsatz im Klassenzimmer überfordert werden.

Doch nicht nur die personelle Unterstützung ist notwendig – auch die Ausstattung der Arbeitsplätze muss dringend verbessert werden. Diensthandys, PCs und ein eigener Arbeitsplatz sind dringend notwendig. Ebenso braucht es moderne Lehrmittel, gut ausgestattete Klassenräume und eine angemessene technische Infrastruktur sind unverzichtbar, um eine effektive Lehrtätigkeit zu ermöglichen und die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte zu steigern. Darüber hinaus sollte das Recruiting neuer Lehrpersonen sowie die gezielte Bewerbung des Lehrberufs weiter intensiviert werden. Zielgerichtete Kampagnen, wie etwa Schnuppermöglichkeiten für Interessierte an Schulen, könnten hier einen wertvollen Beitrag leisten.

FRAGE 9: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schule für das 21. Jahrhundert:

Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hinsichtlich der Ausstattung der Schulen und der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte? Wie wollen Sie eine Schule für das 21. Jahrhundert fördern (Stichworte: Öffnung der Schulen im pädagogischen Sinne, Bildungsinhalte für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler, Projektunterricht etc.)?

Die SPÖ sieht es als eine zentrale Aufgabe an, die Ausstattung der Schulen und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte grundlegend zu verbessern, um eine Schule für das 21. Jahrhundert zu gestalten. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine umfassende Modernisierung der Bildungsinfrastruktur ein, die den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte gerecht wird. Wir fordern, dass alle Schulen in Österreich flächendeckend mit modernster Technologie ausgestattet werden. Dazu gehört nicht nur eine zeitgemäße IT-Infrastruktur, sondern auch gut ausgestattete Fachräume für Naturwissenschaften, Technik, Kunst und Musik. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen Lernmitteln haben und dass Lehrkräfte die notwendigen Ressourcen und Fortbildungen erhalten, um diese effektiv im Unterricht einzusetzen. Darüber hinaus wollen wir die räumlichen Bedingungen verbessern – kleinere Klassengrößen und gut ausgestattete Klassenräume, die das Lernen in einer angenehmen Umgebung fördern, sind dabei essenziell.

Auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen deutlich verbessert werden. Eine angemessene Bezahlung, die die Verantwortung und die Arbeitsbelastung im Lehrberuf widerspiegelt, ist unerlässlich. Zusätzlich müssen Diensthandys, Laptops und eigene Arbeitsplätze auch in der Schule endlich Realität werden. Wir setzen uns dafür ein, administrative Aufgaben zu reduzieren, damit sich Lehrkräfte stärker auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können. Ein umfassendes Supportsystem aus multiprofessionellen Teams, ist notwendig, um Lehrkräfte im Schulalltag zu entlasten. Zusätzlich legen wir großen Wert auf die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrkräfte, damit sie sich an die Herausforderungen des modernen Unterrichts anpassen und innovative Lehrmethoden entwickeln können.

Die SPÖ will eine Schule fördern, die sich für die Zukunft ihrer Schülerinnen und Schüler öffnet. Schulen sollen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein, sondern auch Räume für kreatives Denken, kritisches Hinterfragen und soziale Interaktion bieten. Wir befürworten die Öffnung der Schulen im pädagogischen Sinne, was bedeutet, dass Schulen verstärkt mit außerschulischen Partnern wie Kultur- und Sporteinrichtungen, Unternehmen und Universitäten kooperieren sollten, um den Schüler*innen ein breiteres Spektrum an Lernmöglichkeiten zu bieten. Bildungsinhalte müssen stärker auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichtet werden. Neben den klassischen Fächern sollten auch Themen wie Digitalisierung, Umweltbildung, soziale Kompetenz und politische Bildung mehr Raum im Lehrplan erhalten. Wir wollen den Projektunterricht fördern, der den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, eigenverantwortlich und im Team zu arbeiten, Probleme zu lösen und kreative Lösungen zu entwickeln. Dabei liegt der Fokus auf interdisziplinären Projekten, die reale Herausforderungen thematisieren und das Lernen über Fächergrenzen hinweg ermöglichen.

Zusammenfassend möchte die SPÖ eine Schule für das 21. Jahrhundert schaffen, die durch ihre moderne Ausstattung und innovative pädagogische Ansätze überzeugt. Unsere Bildungslandschaft muss den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden und allen Schülerinnen und Schülern die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre Zukunft bieten. Gleichzeitig darf der Lehrberuf nicht vernachlässigt werden – wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein, damit Lehrkräfte motiviert und unterstützt in ihrer wichtigen Aufgabe agieren können.

FRAGE 10: Bildungsbegriff

Basis aller bildungspolitischen Initiativen ist Ihr Verständnis von Bildung. Deswegen möchten wir abschließend fragen, ob Sie die Aufgaben der österreichischen Schule, dargelegt im §2 SCHOG, als noch zeitgemäß empfinden und wie Sie Ihren Bildungsbegriff beschreiben würden.

Aus Sicht der SPÖ ist Bildung der Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit, persönlicher Entfaltung und einer starken, demokratischen Gesellschaft. Für uns ist Bildung ein lebenslanges Recht und eine öffentliche Aufgabe, die alle Menschen befähigt, unabhängig von ihrer Herkunft, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen. Unser Bildungsverständnis geht über reine Wissensvermittlung hinaus; wir sehen Bildung als umfassenden Prozess, der es den Menschen ermöglicht, kritisch zu denken, verantwortungsvoll zu handeln und aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen. Die im §2 des Schulorganisationsgesetzes (SCHOG) dargelegten Aufgaben der österreichischen Schule empfinden wir als nach wie vor grundlegend und relevant. Sie stellen sicher, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur fachliche Kompetenzen erwerben, sondern auch zu mündigen Bürger*innen erzogen werden, die in der Lage sind, sich in einer pluralistischen und globalisierten Welt zu orientieren und zu behaupten. Diese Ziele sind zeitlos und bilden eine wichtige Basis für die Bildungsarbeit.

Allerdings müssen wir diese Aufgaben in einem modernen Kontext weiterentwickeln und ergänzen. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – wie die Digitalisierung, der Klimawandel und die gesellschaftliche Diversität – erfordern eine Anpassung der Bildungsinhalte und -

methoden. Unser Bildungsbegriff umfasst daher auch die Förderung digitaler Kompetenzen, kritischen Denkens, sozialer und emotionaler Intelligenz sowie eine starke Betonung von Umweltbewusstsein und Demokratiebildung.

Zusammengefasst: Während die Grundprinzipien des §2 SCHOG weiterhin zeitgemäß sind, muss Bildung in Österreich flexibel und zukunftsorientiert gestaltet werden, um den Anforderungen einer sich rasch verändernden Welt gerecht zu werden. Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass Bildung nicht nur Wissen vermittelt, sondern die gesamte Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler stärkt und sie auf ein Leben in einer komplexen, globalen Gesellschaft vorbereitet.